



EDITORIAL

LIEBE LESER



Jürgen Suhr
Vorsitzender der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in
der Stralsunder Bürgerschaft

Liebe Leserinnen und Leser,

mit **hinterGRÜN.de** präsentieren wir Ihnen heute erstmalig das gemeinsame Informationsblatt der GRÜNEN Fraktionen in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund und im Kreistag Vorpommern-Rügen. Wir wollen Interessierte damit regelmäßig über die Kommunalpolitik in Stadt und Kreis informieren, vor allem aber wollen wir Sie dazu motivieren, sich in bestem demokratischem Sinne einzumischen! Sprechen, schreiben und rufen Sie uns an, sagen Sie uns Ihre Meinung, beteiligen Sie sich, kommen Sie mit uns ins Gespräch!

Wir freuen uns auf Ihre Ideen, Fragen und Anregungen! ◀◀

BRODKORB DROHT

THEATER UNTER DRUCK

Drohung, Erpressung, Druck..., das hört sich nach einem neuen Tatort an, beschreibt aber die wesentlichen Elemente der aktuellen Situation zur Perspektive des Theaters Vorpommern. Der Hintergrund ist schnell erfasst. Kultusminister Matthias Brodkorb (SPD) will die Theater fusionieren und dabei ist ihm nahezu jedes Mittel recht. Und er scheint damit Erfolg zu haben!

Donnerstag, 12. März 2015, viele Bürgerinnen und Bürger haben sich im Stralsunder Rathaus eingefunden, um der Bürgerschaftssitzung zu folgen. Was sie in der Diskussion zum Theater erleben, hinterlässt bei den meisten Besuchern Enttäuschung. Denn nach emotionaler Debatte setzen CDU, FDP, BfS und AfD durch, dass der Oberbürgermeister über eine Fusion mit den Theatern in Neubrandenburg und Neustrelitz verhandeln soll. Nur unter ferner liefen wird beschlossen, dass man ja auch eine Eigenständigkeit prüfen wolle – wenn es mit der Fusion denn nicht klappen sollte. Die konservative Mehrheit hatte dem Druck Brodkorbs nachgegeben, denn der hatte dem Theater mit massiven Kürzungen gedroht, wenn die Bürgerschaft sich nicht auf Fusionsverhandlungen einlassen wolle.

▶▶ Fortsetzung im Innenteil

SOZIALKOMMISSARE

„DARF ICH REINKOMMEN?“

Hinter dieser freundlichen Frage verbirgt sich vielleicht bald ein Mitarbeiter des zentralen Ermittlungsdienstes des Landkreises, umgangssprachlich ein „Sozialkommissar“, der dann unvermittelt vor der Wohnungstür steht. Geht es nach Landrat Drescher, so soll der Ermittlungsdienst sozial Schwächere beraten, vor allem aber kontrollieren.

Zuallererst aber sollen die Sozialkommissare Geld einbringen. Denn die zusätzlichen Kosten, etwa 115.000 € jährlich, müssen schließlich eingespielt werden. Das Ziel sind aber darüber hinaus Einsparungen von ca. 295.000 € jährlich. Das war die vorrangige Idee, ohne vorherige fachliche Diskussion. Denn der Vorschlag versteckte sich zunächst im Haushaltssicherungskonzept des Landkreises.

Bald soll es also losgehen! Ins Auge der Ermittler werden dann vor allem Menschen geraten, die soziale Leistungen erhalten, weil sie dem Arbeitsmarkt nicht vollständig zur Verfügung stehen, so auch Kranke oder Menschen mit Behinderung. Die Sozialkommissare werden überprüfen, ob Gelder unberechtigterweise ausgezahlt wurden oder Leistungen zu Unrecht bewilligt wurden. Also Schnüffelei zur Haushaltssanierung.

▶▶ Fortsetzung im Innenteil

TERMINE

WIR LADEN EIN

Mo., 4. Mai, 19.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Bürgerschaftsfraktion, Öffentliche Sitzung

Mi., 6. Mai, 19.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Kreistagsfraktion, Öffentliche Sitzung

Öffentliches Forum
Fr., 8. Mai, 16.00 Uhr | Stralsund
Schülerbeförderung im Landkreis

Mo., 11. Mai, 19.30 Uhr | Mönchstraße 25
Öffentliche Fraktionssitzung der Bürgerschaftsfraktion im Kulturhistorischen Museum

Mo., 18. Mai, 19.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Bürgerschaftsfraktion, Öffentliche Sitzung

Bürgerschaftsfraktion vor Ort
Do., 21. Mai, 18.00 Uhr | Voigedehäger Weg
Verkehrs- und Lärmbelastigungen

Mi., 27. Mai, 19.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Kreistagsfraktion, Öffentliche Sitzung

Bürgerschaftsfraktion konkret
Mo., 1. Juni, 18.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Perspektiven für den Fahrradverkehr

Mi., 3. Juni, 19.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Kreistagsfraktion, Öffentliche Sitzung

Mo., 8. Juni, 19.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Bürgerschaftsfraktion, Öffentliche Sitzung

Mi., 17. Juni, 19.30 Uhr | GRÜNES Büro, Alter Markt 7
Kreistagsfraktion, Öffentliche Sitzung

Bürgerschaftsfraktion vor Ort
Mo., 22. Juni, 17.00 Uhr | Voigedehagen
Besichtigung der Biogasanlage

Fraktion im Kreistag Vorpommern-Rügen:

www.facebook.com/gruene.fraktion.vr

Fraktion in der Bürgerschaft Stralsund:

www.gruene-fraktion-stralsund.de



Rund 8.5 Mio. € fallen pro Jahr für die Schülerbeförderungskosten im Landkreis Vorpommern-Rügen an. 7,7 Mio. € entfallen auf Fahrten zur örtlich zuständigen Schule, 800 Tsd. € auf Fahrten zur örtlich nicht zuständigen Schule. Bis zu 50 € wurden bisher pro Kind und Monat erstattet. 1.700 Schülerinnen und Schüler sind ab Sommer 2015 von der Kürzung dieses Zuschusses betroffen.

STUSS MIT DEM BUS

So singen es Eltern und Kinder regelmäßig vor den Sitzungen der Ausschüsse, die sich mit der Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen befassen. Gemeint ist der Plan der Landkreisverwaltung, rund 800.000 € im Kreishaushalt dadurch einzusparen, den Schülerinnen und Schülern, die eine andere als die für sie örtlich zuständige Schule besuchen, den bisher gewährten Fahrkostenzuschuss zur Busfahrkarte zu streichen. Diesen Stuss machen auch wir nicht mit! Deswegen haben die GRÜNE Kreistagsfraktion und der Kreiselternterrat ein Forum initiiert, das unter breiter Beteiligung von Eltern, Schulleitungen, Vertretern der Verkehrsbetriebe und politischen Entscheidungsträgern Lösungsvorschläge erarbeiten wird, diese Ungleichbehandlung abzuwenden. Am 8. Mai 2015 um 16.00 Uhr wird dieses Forum in Stralsund gestartet. ◀◀

Hintergrundinfos unter: www.gruene-vorpommern-ruegen.de/schuelerbefoerderung



Auf den Punkt gebracht

►► FORTSETZUNG

SOZIALKOMMISSARE



◀
Claudia Müller
Vorsitzende der
Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Kreistag
Vorpommern-Rügen

Im persönlichen Umfeld soll zukünftig ermittelt werden, obwohl es bereits heute umfassende Beratungs-, Planungs- und Kontrollinstrumente gibt. Wir GRÜNE im Kreistag haben die große Befürchtung, dass der Ermittlungsdienst zur zusätzlichen Verunsicherung und Stigmatisierung der Betroffenen führt. Auf dem Rücken Derjenigen, die oftmals am Rande der Gesellschaft stehen, soll Haushaltssanierung betrieben werden. Dies alles geschieht mit Rückendeckung der SPD/CDU-Landesregierung, die in der Antwort einer Kleinen Anfrage der GRÜNEN Landtagsfraktion erklärt hat, unangemeldete Hausbesuche zur „Beratung und Evaluation“ seien sehr wohl zulässig.

Aus unserer Sicht ist das Vorgehen des Landrats rechtlich überaus fragwürdig.

Wir GRÜNE sehen Grundrechte beeinträchtigt und halten die „Sozialkommissare“ für unvereinbar mit der UN-Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz. Doch auch das Vorgehen im Kreistag war mehr als fragwürdig. Ohne die Abstimmung über den GRÜNEN Antrag zur Streichung soll der Ermittlungsdienst nun eingerichtet werden.

Daher hat die GRÜNE Kreistagsfraktion Klage beim Verwaltungsgericht eingelegt. Es muss geklärt werden, ob der Beschluss zur Einrichtung des Ermittlungsdienstes ohne die Abstimmung über den GRÜNEN Antrag zur Streichung des Dienstes rechtmäßig war. Der Kreistag muss hier Farbe bekennen. Die Klage scheint bereits Wirkung zu zeigen. Entgegen früheren Aussagen wurde der Ermittlungsdienst in der letzten Sitzung des Sozialausschusses beraten. Der Kreistag wird in seiner Sitzung am 11. Mai endlich, mit einer Verzögerung von 6 Monaten, abstimmen. Dann wird sich zeigen, welche Kreistagsabgeordneten das Rückgrat besitzen, der geplanten Schnüffelei einen Riegel vorzuschieben. ◀◀

410.000 € sollen die Sozialkommissare jährlich eintreiben, davon werden alleine 115.000 € für die zusätzlichen Personalkosten gebraucht. Mit den restlichen 295.000 € soll der Kreishaushalt entlastet werden.

IHR ANSPRECHPARTNER:

DER MANN MIT DER MÜTZE



▶
Tobias Wilmes
Geschäftsführer der
Bürgerschaftsfraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN Stralsund

Wenn sich Stralsunder an die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion wenden wollen und dabei auf der Suche nach einem Ansprechpartner sind, dann kommt oftmals die Frage nach dem „Mann mit der Mütze“. Gemeint ist nicht etwa der legendäre Ex-Bundestrainer Helmut Schön, der mit der deutschen Fußballnationalmannschaft 1974 Weltmeister wurde. Gesucht wird dann Tobias Wilmes, Geschäftsführer der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion. Und abgesehen davon, dass „Tobis Mütze“ sich deutlich schicker darstellt als „Helmut's Kappe“, auch der Aufgabenbereich unterscheidet sich grundsätzlich.

Tobias Wilmes ist Ihr Ansprechpartner für Alles rund um die Stralsunder Politik! Wirtschaft, Verkehr, Natur- und Klimaschutz, Kultur, Schule, Soziales oder Sport - Tobi Wilmes steht Ihnen für alle Auskünfte zur Verfügung und kann auch einfach mal nur zuhören. Haben Sie Fragen, eine gute Idee oder wünschen sich ein Gespräch mit unseren Bürgerschaftsabgeordneten? Auch hier wenden Sie sich gerne an unseren „Mann mit der Mütze“. ◀◀

Sprechen Sie uns an!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bürgerschaftsfraktion

Tobias Wilmes

Rathaus, Zimmer 2.31

18439 Stralsund

Tel.: 03831/252236

Mail: gruene.fraktion@stralsund.de

www.gruene-fraktion-stralsund.de

THEATER UNTER DRUCK



Inkeri Beland, die Sprecherin der Bürgerinitiative „TheaterLeben“ hatte noch kurz vor der Bürgerschaftssitzung den „Mut des Löwen“ von den Abgeordneten gefordert. Sie spielte damit auf den Tagungsort der Bürgerschaft im Löwenschen Saal des Stralsunder Rathauses an. CDU, FDP, BfS und AfD brachten aber eben diesen erforderlichen Mut nicht auf, dem erpresserisch daherkommenden Kultusminister die Stirn zu bieten. Und so nutzte es auch nichts, dass mehr als

Friederike Fechner
Mitglied der Bürgerschaft
und des Kulturausschusses,
Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN



300 Demonstranten noch vor der Bürgerschaftssitzung lautstark für die Eigenständigkeit des Theaters Vorpommern eingetreten waren.

Mit dieser Entscheidung ist nun zumindest für den Stralsunder Oberbürgermeister der Weg für Fusionsverhandlungen frei. Dabei wäre es eine riesengroße Chance gewesen, vom Land Verhandlungen zu einem Konzept zum Erhalt der Eigenständigkeit einzufordern und den Brodkorbischen Drohungen entgegenzutreten. Denn die Bürgerinitiative hatte wenige Tage vorher vorgezeichnet: Die Eigenständigkeit ist machbar! Das von „TheaterLeben“ vorgelegte Konzept weist eine Perspektive bis 2025 auf. Bei Zugeständnissen von Mitarbeitern und mit einer überschaubaren Anpassung der Zuschüsse um 2,9 % pro Jahr ist eine Kostendeckung erreichbar.

Das Besondere an diesem Konzept ist, dass es aus dem Theater selbst heraus breit getragen wird. Nicht nur die Bürgerinitiative, auch

die Mitarbeitenden und die Gewerkschaften stellen sich hinter „TheaterLeben“ und treten ein für die Beibehaltung der Eigenständigkeit. Ein in der Geschichte des Theaters Vorpommern einmaliger Vorgang.

Doch auch wenn die Enttäuschung nach der Entscheidung der Bürgerschaft groß ist, die Motivation, weiter für das Theater zu kämpfen, ist noch viel größer geworden. Die Bürgerinitiative wird nun ein kommunales Bürgerbegehren auf den Weg bringen, die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion unterstützt dies. 4.000 Unterschriften sind erforderlich, um einen Bürgerentscheid durchzusetzen. Das Ziel ist klar: Verhandlungen, die auf die Eigenständigkeit des Theaters Vorpommern ausgerichtet sind. ◀◀

EINWOHNERFRAGESTUNDE

EINMISCHEN UNERWÜNSCHT



Anett Kindler
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
der Bürgerschaftsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mischen Sie sich ein!

Sie haben in den Bürgerschaftssitzungen ein Fragerecht! Nutzen Sie es! Und auch wenn es derzeit enge Grenzen gibt, Einwohnerfragen lohnen sich, denn der Oberbürgermeister muss Ihnen in der Bürgerschaftssitzung antworten! Wir unterstützen Sie gerne!

Die konservative Bürgerschaftsmehrheit aus CDU, FDP, BfS und AfD blockiert Anfragerechte in der Bürgerschaft. Klar ist: Es gibt zwar ein Fragerecht für alle Stralsunder, aber dieses ist extrem beschränkt! Möglichkeiten zur Diskussion: Keine! Möglichkeiten zu mehr Nachfragen: Geht nicht! Möglichkeit zur Debatte in der Bürgerschaft: Nicht vorgesehen! Unsere Vorstöße zur Verbesserung der Rechte der Stralsunder Bürger wurden von der konservativen Mehrheit abgelehnt! Doch wir fassen nach: Wir werden im April erneut einen Antrag einbringen, der für die Stralsunder, die die Fragestunde nutzen wollen, deutlich mehr Rechte vorsieht! ◀◀

BÜRGERENTSCHEID

NICHT GEWOLLT

Übrigens ist die konservative Bürgerschaftsmehrheit aus CDU, FDP, BfS und AfD vor allem auch dann besonders zurückhaltend, wenn es darum geht, die Stralsunder zu wichtigen Themen direkt zu befragen. Die Kommunalverfassung sieht das mit dem Bürgerentscheid ausdrücklich vor! Auch hier: Einmischen unerwünscht! Unser Antrag zur Durchführung von Bürgerentscheiden zur geplanten Bebauung zwischen der Fachhochschule und Parow wurde abgelehnt. Aber wir haben versprochen: Wir lassen nicht locker! Auch zur geplanten drastischen Erhöhung der Bibliotheksgebühren werden wir GRÜNE beantragen, die Stralsunder selbst darüber entscheiden zu lassen und einen Bürgerentscheid durchzuführen. ◀◀

Die Kommunalverfassung in Mecklenburg-Vorpommern sieht einen Bürgerentscheid zu wichtigen Fragen ausdrücklich vor. So kann die Bürgerschaft beschließen, die Stralsunder Bürgerinnen und Bürger zu einer wichtigen Angelegenheit abstimmen zu lassen. Aber auch die Stralsunder haben die Möglichkeit einen Bürgerentscheid durchzusetzen. Dazu sind für Stralsund dann 4.000 Unterschriften erforderlich.



STRALSUND WILL LESEN

Mehr als 2.000 Unterschriften hat die Bürgerinitiative „Stralsund will lesen“ in wenigen Wochen gesammelt, um gegen die geplante Gebührenerhöhung der Stadtbibliothek Stralsund zu protestieren. Die Übergabe der Unterschriftslisten erfolgte im März an den Bürgerschaftspräsidenten Peter Paul. Klaus Weber, Stralsunder Rentner und Mitbegründer der Initiative: „Wir haben mit der Unterschriftensammlung deutlich gezeigt, dass die Erhöhung nicht im Sinne der Stralsunder ist. Jetzt ist die Bürgerschaft am Zug und muss zeigen, dass sie die Meinung der Bürger ernstnimmt.“

Was war der Hintergrund? CDU, FDP, BfS und AfD hatten in der Bürgerschaft Stralsund mit einem Antrag die Erhöhung von derzeit ca. 12 € auf 36 €, also eine Verdreifachung durchgesetzt, um einen Beitrag zur Sanierung der Stadtfinanzen zu erwirtschaften. Es war nicht die einzige Erhöhung, die

das konservative Lager beschlossen hat. Auch die Gebühren für die städtische Musikschule wurden erhöht. Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion opponierte vor allem auch deshalb lautstark, weil nahezu zeitgleich eine Verdoppelung der Sitzungsgelder beschlossen wurde. Mehrkosten für die Stadt: ca. 150.000 € pro Jahr! Aus unserer Sicht passt das einfach nicht zueinander und es wird dazu führen, dass Menschen mit geringerem Einkommen zukünftig auf die Nutzung der Stadtbibliothek oder die musikalische Schulung ihrer Kinder verzichten.

Aktuell ist die Verwaltung der Stadt damit beschäftigt, einen neuen Entwurf für die Gebührensatzung der Bibliothek vorzubereiten. Dieser wird dann im Kulturausschuss beraten, bevor die Bürgerschaft darüber abstimmt. Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion wird jedoch vorher die Initiative ergreifen und einen Bürgerentscheid beantragen, denn die Menschen in unserer Stadt sollen über die Belange direkt abstimmen dürfen, die sie für wichtig erachten. ◀◀

Interessant und hilfreich für die Diskussion, wie sich die Bibliotheksgebühren im Vergleich darstellen:

Stralsund 1998	0,00 DM
Stralsund heute	12,27 €
Stralsund zukünftig	36,00 €
Greifswald	15,00 €
Neubrandenburg	12,00 €
Rostock	0,00 €
München	20,00 €
Schwerin	18,00 €
Wismar	12,00 €



SUNDSCHICK WOHNEN

Es ist derzeit wahrscheinlich eine der umstrittensten politischen Entscheidungen in der Stralsunder Bürgerschaft. Mit knapper Mehrheit haben die konservativen Fraktionen durchgesetzt, dass auf einem Teil der derzeitigen Ackerfläche nördlich der Studentensiedlung Holzhausen ein neues Wohngebiet entstehen soll. Die städtische Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft hat das erforderliche Grundstück bereits erworben. Geplant sind auf 4,4 ha vor allem Einfamilienhäuser der gehobenen Art.

Werden die Pläne umgesetzt, dann ist es bald vorbei mit einem ungetrübten Blick auf Felder, Sund und Rügen, wenn die Stralsunder die Hochschullallee entlangwandern. Dann wird sich auch das wunderbare Gefühl verändern, wenn Radler den neuen Radweg zwischen Stralsund und Parow direkt am Ufer nutzen und dann zukünftig an einem Wohngebiet vorbeiradeln müssen. Doch vor allem ein Grund für eine Wohnbe-



bauung scheint besonders gewichtig zu sein: Mit der Veräußerung der Grundstücke lassen sich zukünftig Millionen für den städtischen Haushalt erwirtschaften. Dagegen steht vor allem, dass selbst die Bundesregierung den sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden fordert, dass Uferandbereiche eine besondere ökologische Sensibilität haben und dass – so hat es eine Anfrage der GRÜNEN Fraktion ergeben – in Stralsund an anderen innerstädtischen Or-

ten noch genügend Spielraum ist, um Wohnbebauung zu realisieren.

Nach dem Aufstellungsbeschluss arbeitet die Verwaltung derzeit an den Detailplänen. Die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion wird im Rahmen einer Kleinen Anfrage im Juni nach dem Stand der Umsetzung fragen. Und wir werden alle Interessierten informieren und einbeziehen, wenn die Pläne veröffentlicht werden. Denn das ist dann der Zeitpunkt, zu dem sich entscheidet, ob die umwelt- und touristikfeindlichen Pläne der Verwaltung und der konservativen Mehrheit in der Bürgerschaft noch

gestoppt werden können. Übrigens ist auch schon das noch verbleibende freie Stück Land zwischen Stralsund und Parow bereits in städtischer Hand. Es ist also abzusehen, dass bald auch das letzte Stück Freifläche am Sund zugepflastert und zugebaut wird. ◀◀

Weitere Informationen unter:

www.bplan64-hst.de

info@bplan64-hst.de

Wir laden ein

Gemeinsam mit dem Wahlkreisbüro Jürgen Suhr MdL präsentieren wir

Ausstellung „Allein in Mecklenburg - Vorpommern“

Eindrucksvolle Fotos und Infos zu Geschichte, Artenvielfalt, Gefahren, Baumpflege,

Alleenschutz / 7. April – 14. Mai

Mo. – Fr., 9 – 13 Uhr / GRÜNES Büro

Ausstellung „Prekäres Leben, Prekäre Arbeit, Prekäre Zukunft“

Betroffene schildern ihren Lebens- und Arbeitsweg und die Hoffnung auf eine

bessere Zukunft / 20. Mai – 30. Juni

Mo. – Fr., 9 – 13 Uhr / GRÜNES Büro

Film und Diskussion „Nirgendland“

Dokumentarfilm zu sexuellem Missbrauch in der Familie, Gespräch mit Regisseurin

Helen Simon / Do., 7. Mai, 20 Uhr

Kulturkirche St. Jakobi Stralsund

IMPRESSUM

Herausgeber:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund und

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, Rathaus, Alter Markt, 18439 Stralsund

Redaktion: Nicholas Ehlers, Gesine Fritsche, Anett Kindler, Rolf Martens, Katrin Mertz, Claudia Müller, Jürgen Suhr, Tobias Wilmes

V.i.S.d.P.: Tobias Wilmes, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bürgerschaft Stralsund, Rathaus, Alter Markt, 18439 Stralsund